

In Frankreich beginnt der (teure) Rückbau von Windkraftanlagen

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2023

Ausschlaggebend sind weniger physikalische als kulturelle Bedenken

Von Edgar L. Gärtner

Frankreich definiert sich im Unterschied zu Deutschland noch immer stark über seine Jahrhunderte alte Kultur, auch wenn sein derzeitiger eher durch Zufall an die Macht gelangter Staatspräsident Emmanuel Macron das anders sieht. Während etwa rote, grüne und schwarze Politiker in Nordhessen ohne Skrupel den einmaligen Märchenwald der Brüder Grimm opfern, um dort weit sichtbare Windrad-Ungetüme aufzustellen, reicht im Nachbarland Frankreich der Hinweis, eine bestimmte Landschaft sei von Marcel Proust beschrieben worden oder habe dem Maler Camille Pissaro als Vorlage gedient, um den Staatsrat zum Einspruch gegen Windkraft-Projekte zu bewegen. Neuerdings ordnen französische Appellationsgerichte sogar den Rückbau ganzer Windparks an, die seit Jahren im Betrieb waren.

So hat kürzlich das Appellationsgericht im südfranzösischen Nîmes den Rückbau von sieben Windrädern auf dem Gelände der Gemeinde Lunas im benachbarten Département Hérault angeordnet, die seit immerhin sieben Jahren im Betrieb waren. Den Betreibern bleiben 15 Monate, um den ursprünglichen Zustand der Landschaft wieder herzustellen. Dieser Gerichtsentscheidung ging ein ähnlicher Richterspruch in der Bretagne voraus. Dort ging es um die Demolition von drei Windkraftanlagen, die errichtet worden waren, bevor die gesetzliche Einspruchsfrist gegen das Projekt verstrichen war. Diese Windindustrie-Anlagen mussten inzwischen nach längeren Rechtsstreitigkeiten tatsächlich zurückgebaut werden. Dabei stellte es sich heraus, dass die Rückbaukosten mit etwa einer halben Million Euro je Windrad etwa das Zehnfache der für diesen Zweck vorgeschriebenen Kautions von 50.000 Euro erreichten.

Fabien Bouglé, als Autor des Buches « *Eoliennes : la face noire de la transition écologique* » neben dem TV-Star Stéphane Bern einer der Anführer der starken französischen Anti-WKA-Bewegung, gibt sich zuversichtlich, dass in fünf bis zehn Jahren alle terrestrischen Windkraftanlagen aus Frankreich verschwunden sein werden. Er verweist dabei auf den bereits fortgeschrittenen Einbruch der Wind-Aktien an den europäischen Börsen und auf den operativen Milliarden-Verlust des führenden WKA-Anbieters Siemens-Energie. Der Ausgang des „Weltklimagipfels“ in Dubai dürfte diese Entwicklung noch beschleunigen.

E-Autos sind gut für das Märchenland

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2023

Bis zum Jahr 2030 sollen nach den Plänen der Bundesregierung 15 Millionen Elektroautos in Deutschland fahren. Doch das ist ein Wunschtraum. Teure Anschaffung und teure Batterien, lange Ladezeiten, geringe Reichweiten und mit der Energiewende immer höhere Strompreise bremsen potentielle Käufer.

Von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel

Wer ein Elektroauto gefahren hat, kann es bestätigen: Der Elektroantrieb ist phantastisch. Ohne Schalten beschleunigt das Auto schnell und leise. Darüber hinaus ist ein Elektromotor sehr viel preiswerter als ein Verbrennungsmotor. Doch der Verkauf stockt. Die Autobauer in Deutschland und in den USA bleiben trotz Kaufsubventionen auf ihren Autos sitzen. Mit dem Abbau der Subventionen gib es noch weniger Käufer. Was ist die Ursache?

Teure und schwere Akkus

Die Antriebsenergie, der elektrische Strom, muss mitgeführt werden. Dies ist nur mit schweren und teuren Akkus möglich. Ein moderner Lithium-Ionen-Akku, der eine Kilowattstunde (kWh) speichern kann, wiegt rund 3 kg und kostet 200 Euro. Kosten und Masse können aus technischen Gründen nach Angaben von Fachleuten kaum weiter reduziert werden. Für 100 Kilometer Fahrstrecke braucht ein Elektroauto ca. 20 Kilowattstunden. Die meisten E-Autos werden für theoretische Reichweiten von 400 km ausgelegt mit Akkus, die mindestens 240 kg wiegen und 16.000 Euro kosten. Doch in der Praxis sieht es schlechter aus, wie der kurze Bericht eines Kraftwerksingenieurs und NAEB Mitglied zeigt: *„Ich habe seit mehr als einem Jahr ein E-Auto (für den Stadtbetrieb) und werde es im nächsten Frühjahr wieder verkaufen. Die Reichweitenangaben der Hersteller sind aus meiner Sicht strafbar. Bei normaler Fahrweise im Sommer erreicht man ca. 85 % der angegebenen WLTP Reichweite (Worldwide Harmonized Light Vehicles Test Procedure). Im Winter fällt diese nochmal um 30 % ab, weil die Batterien temperaturempfindlich sind und weil Heizung benötigt wird.“* Damit sind E-Autos deutlich schwerer und teurer als vergleichbare Autos mit Verbrennungsmotor und verbrauchen mehr Energie pro Kilometer.

Akkus verlieren mit der Zeit an Kapazität. Häufiges Laden und Entladen

beschleunigt diesen Prozess. Damit sinkt auch die Reichweite der E-Autos. Wird sie zu gering, muss der Akku ausgetauscht werden. Das ist nach etwa 7 Jahren der Fall. Dann wird es richtig teuer: Fast 20.000 Euro sind fällig. Das ist offensichtlich vielen Käufern nicht klar, die von den guten Fahreigenschaften geblendet sind.

Lange Ladezeiten

Ein weiterer Knackpunkt sind die langen Ladezeiten. Der übliche Ladeanschluss in Garagen hat eine Leistung von 11 Kilowatt (kW). Mit dieser Leistung ist der Akku in gut 7 Stunden aufgeladen. Öffentliche Ladesäulen haben meistens 22 kW Leistung. Dann sinkt die Ladezeit auf die Hälfte. Doch auch das ist viel zu lang. So haben meine Nachbarn, stolze Eigner eines E-Autos, für eine Fahrt von der Nordsee an den Bodensee ein Auto mit Verbrenner-Motor gemietet, um das Ziel an einem Tag zu erreichen. An den Autobahnen gibt es auch Schnellladestationen bis zu 300 kW Leistung, die die Ladezeiten auf weniger als eine halbe Stunde verkürzen. Doch dafür muss man zahlen. Die Stromkosten an diesen Säulen sind hoch und übersteigen oft die Tankkosten für einen Verbrenner-Motor. Unter den hohen Ladeleistungen leidet außerdem der Akku. Die Zeit bis zum teuren Austausch wird kürzer. Die hohen elektrischen Ladeleistungen sind aber mickrig im Vergleich zu den Ladeleistungen an Tanksäulen: Werden 30 Liter Treibstoff der für 400 km reicht, in einer Minute getankt, liegt die Ladeleistung bei 5000 kW.

Wenn ein E-Auto mit leerem Akku liegen bleibt, darf es nur abgeschleppt werden, wenn der E-Motor von den Rädern entkoppelt werden kann. Dies ist bei den meisten Modellen nicht möglich. Dann muss es von einem Abschleppdienst aufgeladen und zur nächsten Ladesäule gebracht werden. Eine teure Aktion.

Sicherheit

Autos können Feuer fangen. Brennende fossile Treibstoffe können durch Entzug von Sauerstoff gelöscht werden. Dazu reicht das Abdecken des Brandherdes mit Wasser oder Löschschaum. Brennende Akkus können so nicht gelöscht werden. Die gespeicherte elektrische Energie in Akkus wird ohne äußere Einflüsse in Wärme umgesetzt. Dieser Prozess kann daher mit Löschmitteln nicht gestoppt werden. Ein brennendes E-Auto muss in ein Wasserbecken getaucht werden, das die gespeicherte Energie aufnimmt. Mehrere Busdepots sind fast vollständig ausgebrannt, nachdem ein Elektrobus Feuer gefangen hatte und die Feuerwehr keine Möglichkeit sah, den Brand zu löschen. Die Folgen: Die „fortschrittlichen“ Stadtwerke haben nach dieser Erfahrung die E-Busse stillgelegt. E-Autos sollten nur in freistehenden Garagen oder Carports abgestellt werden. Betreiber von

Fähren und Parkhäusern planen ein Verbot von E-Autos.

Mangel an Ladestrom und Ladeleistung

Schon heute überlasten die rund eine Million Elektroautos in Deutschland örtlich die Verteilernetze. Nicht überall steht die Ladeleistung von 11 kW zur Verfügung. Die Bundesregierung hat das Ziel, 15 Millionen E-Autos bis 2030 auf die Straße zu bringen. Zum Laden werden dafür 3 große Kohle- oder Kernkraftwerke mit je 1.000 Megawatt Leistung gebraucht. Doch immer mehr Kohlekraftwerke sollen abgeschaltet werden. Woher der Strom kommen soll, bleibt das Geheimnis der Regierung. Der vom Wetter abhängige Wind- und Solarstrom (Fakepower) mit seinen ständig schwankenden Leistungen ist dafür nicht geeignet.

Weiter müsste zum Laden der E-Autos das Stromnetz für höhere Leistungen ausgebaut werden. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), die Lobby-Organisation der Energie- und Wasserwirtschaft in Deutschland, schätzt die notwendigen Kosten für Ladesäulen auf 9 Milliarden Euro. Hinzu kommt der Netzausbau in nicht genannter Höhe. Die Stromkosten würden dadurch deutlich für alle erhöht, denn aus ideologischen Gründen käme ein Ausbuaufschlag auf den Ladestrom nicht in Betracht.

Schon heute haben wir bei hoher Nachfrage zu wenig Strom im Netz. Dann werden industrielle große Stromverbraucher, zum Beispiel Elektrolysen, abgeschaltet. Die Betreiber erhalten dafür eine Ausfallentschädigung, die sich inzwischen der Milliardengrenze im Jahr nähert. Das Laden von E-Autos und der Betrieb von Wärmepumpen soll nun auch bei Strommangel begrenzt werden. Nach Plänen der Bundesnetzagentur soll der Ladestrom bei Mangel halbiert werden. Dazu sollen die Ladesäulen Leistungsbegrenzer erhalten, die über das Internet zentral geschaltet werden können. Damit steht die Ladeinfrastruktur Hackern offen. Deutschland macht sich in einem weiteren Feld neben der Energieversorgung erpressbar.

Keine Einsparung fossiler Energie

Die Behauptung, E-Autos würden ohne CO₂-Emissionen fahren, stimmt nicht. Die Emissionen sind lediglich verlagert. Mehr als die Hälfte des Stroms im deutschen Netz stammt von fossilen Brennstoffen, denn Fakepower kann keine gesicherte Leistung liefern. Weiter wird zur Herstellung der Akkus viel Kohle, Erdöl und Erdgas benötigt. E-Autos haben nach Berechnungen von Prof. Sinn bis zur Verschrottung höhere CO₂-Emissionen als ein Auto mit Dieselmotor.

Hohe Energieverluste

Elektroautos sind teurer und schwerer als vergleichbare Dieselfahrzeuge. Ihr höheres Gewicht fordert mehr Energie. Das macht sich im Stadtverkehr und im bergigen Gelände bemerkbar. Auch beim Laden und Entladen des Akkus geht Energie verloren. Wer Energie sparen will, sollte den günstigen Dieselmotor nutzen und weiterentwickeln.

Es ist eine Mär, dass E-Autos CO₂-emissionsfrei seien. Sie fahren mit Strom, der zu mehr als 50 Prozent mit Kohlenstoff haltigen Brennstoffen erzeugt wurde. Doch wohlhabende Gutmenschen nutzen die Subventionen und kaufen teure E-Autos, um sich dann als Klimaschützer zu brüsten. Mit dem Strom aus fossilen Brennstoffen und dem Bedarf an Kohle, Erdgas und Erdöl zur Herstellung des Autos und des teuren Akkus leisten sie keinen Beitrag zur Einsparung von Energie und CO₂-Emissionen.

Die Kaufsubventionen für E-Autos müssen gestoppt werden. Wer die guten Fahreigenschaften nutzen will, sollte dafür auch bezahlen. Dann können nur Großverdiener sich ein E-Auto leisten, das sonst ins Märchenland von Wirtschaftsminister Habeck gehört. 15 Millionen E-Autos in Deutschland ist ein Wunschtraum. Wir sollten den sparsamen Dieselmotor weiter entwickeln, statt ihn zu verdammen. Er hat das Potential für die optimale Nutzung der Antriebsenergie. Das ist der Weg zum Energiesparen.

Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

Klimagipfel am Kipppunkt? – Nach COP 28 in Dubai!

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2023

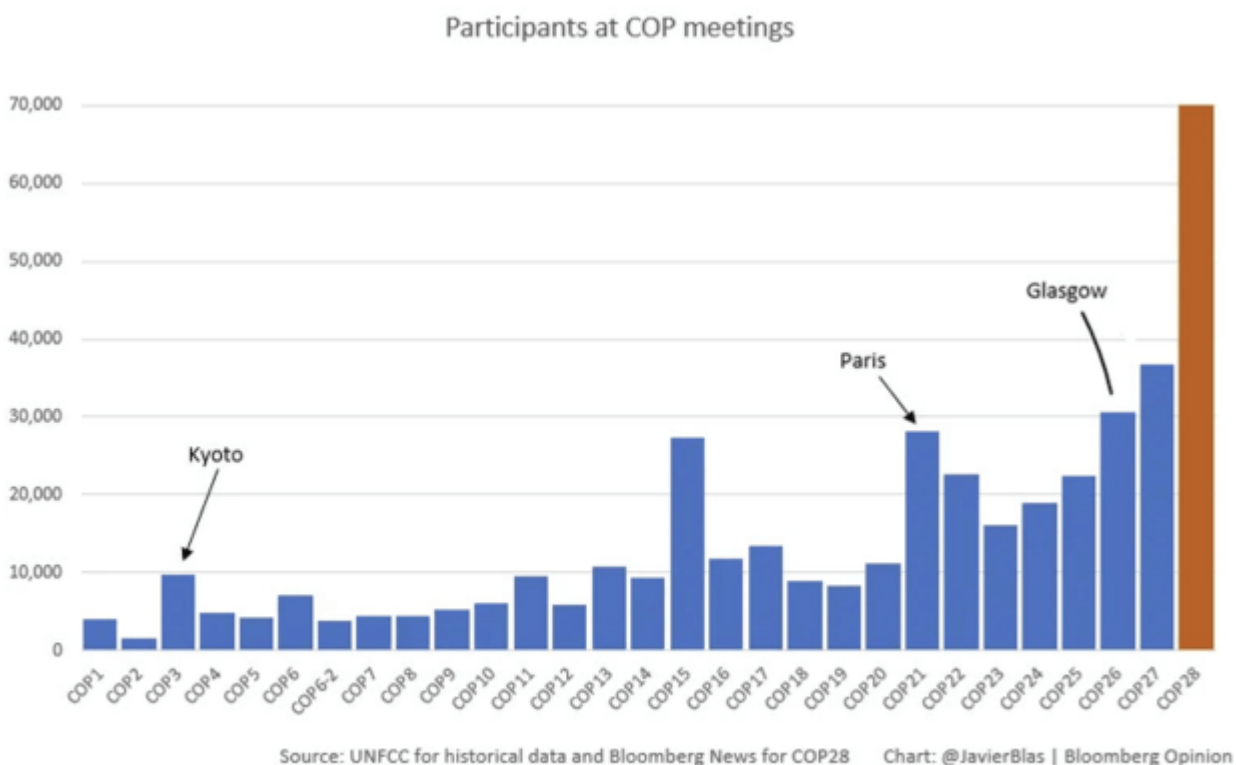
Mit seiner Meinung, dass man aus fossilen Emissionen aussteigen müsse, nicht aber aus fossilen Energieträgern, brachte Gastgeber Sultan Ahmed Al Jaber einen neuen Blickwinkel in die Klimapolitik. Die Hegemonie des globalen Westens in der Klimadiskussion mit einer Überwertung der „Erneuerbaren“ geht dem Ende zu.

Von Frank Hennig

Zwei Wochen dauerte das jährliche Klima-Großmanöver diesmal in Dubai mit einer Rekordbeteiligung von 70.000 (über 95.000 nach Teilnehmer, wie der örtliche PR vermeldet) Teilnehmern aus 200 Ländern. Deutsche Medien

gaben der Bevölkerung die volle Dröhnung Klimakonferenz-Berichterstattung – ein aus Halbwahrheiten, allein für gültig erklärten Wahrheiten und Ideologie bestehendem Framing.

Die Geschichte der Klimakonferenzen (COP – „Conference of the Parties“, das sind die Vertragsparteien der UN-Klimarahmenkonvention) reicht bis ins Jahr 1992 zurück, bis zur „Konferenz der UN über Umwelt und Entwicklung“, einem Vorläufer der COP. Damals trafen sich bescheidene 10.000 Teilnehmer in Rio de Janeiro. Seit 1995 gibt es die jährliche Veranstaltung, begonnen mit COP 1 in Berlin. Seitdem erfreut sich die Veranstaltung steigender Beliebtheit, wie man an den Teilnehmerzahlen sieht:



screenshot: bloomberg

Gestiegen sind gleichermaßen die globalen CO₂-Emissionen, die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und die globale Durchschnittstemperatur, auch wenn letztere wenig Sinn macht, ähnlich einer durchschnittlichen Telefonnummer. Die Emissionen stiegen in diesem Zeitraum von 23 auf 36 Milliarden Tonnen jährlich, die CO₂-Konzentration von 350 auf 420 parts per million (ppm) und die Temperatur um 0,5 Grad, korrekt ausgedrückt: Kelvin, denn es handelt sich um eine Temperaturdifferenz.

Haben die vielen Großveranstaltungen also nichts gebracht oder Schlimmeres verhindert? Keiner weiß es. Und wie sinnvoll sind Beratungen in Präsenz von 70.000 (aktueller Stand > 95.000) Leuten, wie soll das moderiert werden? Aber, so erklärt uns ein öffentlich-rechtlicher Journalist im *Deutschlandfunk*, es ist ja nicht nur Konferenz und Beratung, sondern auch Messe. Das leuchtet ein, sehen und gesehen werden, Netzwerken und Vorteile suchen ist angesagt, denn ein großer

Teil der Versammelten lebt gut vom Kampf gegen den Klimawandel. Der besteht vor allem im Kampf um zu verteilendes Geld und mehr Macht.

Klimaforscher Rahmstorf formulierte seinerzeit den Satz, „wir“ hätten die Kontrolle über das Klima verloren. Das macht ratlos. Wann jemals hatten Menschen die Kontrolle über das Klima, also primär über das Wetter? Vermutlich war diese Bemerkung Ausdruck seines Traums, es jemals zu können. Alle Macht den Klimaforschern vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Man kann die „Messe“ aber auch als religiöse Sicht interpretieren. Hier treffen sich Gläubige, die sich in ihrem Glauben bestärken und Zweifel nicht zulassen. Es gilt, Schuld zuzuschreiben an die Alte Welt, die in ihrer Geschichte schon (zu) viel emittiert habe. Mit der Regelmäßigkeit der Schläge einer Kirchturmglocke wird vor jeder COP die Dringlichkeit betont. Wenn diesmal nicht der Durchbruch gelänge, seien wir unrettbar verloren, dann komme das große Glühen und so weiter. Ständig ist es 5 vor 12, die Uhr muss irgendwie stehengeblieben sein. Aktuell spricht das Wetter in Europa gegen die Erhitzung, aber es wird für Erklärungen gesorgt: Der Schnee ist wärmer als früher, es ist kälter, weil es wärmer wird, und es ist der wärmste Kälteeinbruch seit 125.000 Jahren – oder so ähnlich.

Seherin Greta

Einige Konferenzen bleiben in Erinnerung, etwa COP 24 in Katowice. Nicht nur eine Bergmannskapelle verunsicherte die damals nur 20.000 versammelten Emissions-Veganer, es wurde auch ein Stern geboren. Eine kindliche Aktivistin aus Schweden wurde zum Star, eher weniger auf der Konferenz, wo nur wenige ihrer Rede lauschten. Aus deutschen und westlichen Medien schlug ihr die pure Bewunderung entgegen. Es hieß von Seiten ihrer promotenden Mutter, sie könne CO2 mit bloßem Auge sehen. Sehen kann sie allerdings nicht den Terror der Hamas. „I want you panic“, sagte sie später vor der UN-Vollversammlung. Dafür sorgen eher die von ihr offenbar tolerierten Islamisten.

Viel Beachtung fand COP 21 in Paris 2015, wo erstmals verbindlich „Klimaziele“ (gemeint sind Emissionsziele) für die einzelnen Länder vereinbart wurden. Es entstand ein 2- beziehungsweise 1,5-Grad-Ziel, was den Einsatz fossiler Brennstoffe nur bis 2040 zulassen würde. Heute fordert selbst Mojib Latif (der seinerzeit das Ausbleiben des Schnees in Mitteleuropa vorhersagte) eine Abkehr vom 1,5-Grad Ziel, da es unrealistisch sei. Aber gerade dieses war der propagandistische Anker für die deutschen regierungsbegleitenden Medien und für die Verfehlung dieses Ziels wurde die Apokalypse versprochen. Deutschland müsse die 1,5-Grad-Marke erfüllen, um jeden Preis, gerade so, als stünde dies im Pariser Vertrag und es hinge nur an uns, ob dieses globale Ziel erreicht wird.

Nun sagen selbst prominente Klimawissenschaftler und auch der neue Chef

des IPCC, Jim Skea, mehr als 1,5 Grad Erwärmung würden nicht den Weltuntergang bedeuten, wenn man sich darauf einstellt. Das macht die schöne deutsche Medienarbeit mit drohenden Kipppunkten und Untergangsvisionen kaputt. Galt doch auch der Hinweis als unumstößlich, wir würden bei Nichterreichen gegen einen völkerrechtlich bindenden Vertrag verstoßen. Der Pariser Vertrag, der erstmals sogenannte Budgets festlegte und für die EU-Staaten keine länderspezifischen Werte vorgab, sondern ein EU-Ziel, enthält eine Ansammlung von Selbstverpflichtungen, aber keine Sanktionsmechanismen.

Viele Entwicklungsländer betonten, dass sie gewillt seien, Emissionen zu senken – soweit es nicht der Bekämpfung der Armut und der wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehe. Das unterscheidet uns von ihnen, wir wollen Emissionen senken, koste es, was es wolle. Deutsche Klimapolitik zeichnet sich durch die völlige Abwesenheit einer Klimaökonomie aus, einer Beachtung von CO₂-Vermeidungskosten und jeglichen Monitorings. Was wurde mit den bisherigen mehreren hundert Milliarden Euro Energiewendegeld erreicht? Wir haben die höchsten Strompreise und sind Vizeeuropameister hinsichtlich der spezifischen Emissionen bei der Stromerzeugung. Erfolgreich waren wir also nicht, „Vorreiter“ sowieso nicht.

Wüste, Sand und Öl

Schon im Vorfeld von COP 28 in Dubai wurde medial der Boden bereitet. Viele Medien verkündigten den Bau der weltweit größten PV-Anlage in Dubai. Die Information, dass im Februar der dritte Block des Kernkraftwerks Barakah in den Emiraten seinen kommerziellen Betrieb aufnahm, blieb hingegen in der Firewall (Brandmauer) des ehemaligen deutschen Qualitätsjournalismus hängen. Kritisiert wurde präventiv, dass mit Ahmed al-Jaber der Chef eines Ölkonzerns den Vorsitz der Konferenz innehatte, was im Verlauf der Veranstaltung tatsächlich einen neuen Drive gab.

Zunächst organisierte man gute Stimmung, indem die Emirate und Deutschland jeweils 100 Millionen Dollar in einen Fonds zum Ausgleich klimabedingter Schäden einzahlten und damit „andere Länder unter Druck setzten“, wie es hieß. Das ist wohl auch ein Grund, warum für den „klimabedingten“ Schaden im Ahrtal wenig Geld verfügbar war. Auch eine Staatshaushaltskrise verhindert offensichtlich nicht, international Geld zu verschenken. Bereits in Katowice 2018 hatte die Bundesregierung präventiv Geld in den Ring geworfen.

Im Vorfeld starteten 22 Staaten, davon 13 aus Europa, eine Initiative zur Verdreifachung der Kernkraft-Kapazitäten bis 2050. Der Chef der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) Rafael Mariano Grossi und Belgiens Premier Alexander De Croo laden für den März 2024 zum ersten „Welt-Nuklear-Gipfel“ nach Brüssel ein. Deutschland sitzt dabei nicht mal am Katzentisch. Die hiesige Berichterstattung vermeidet die Erwähnung der Kernenergie, da vom Kanzler zum toten Pferd erklärt. Nun

stellt sich in Dubai heraus, dass der Gaul ganz schön trabt, nur nicht bei uns. Das sorgt international für Verwunderung mit Trend zur Belustigung.

Nachdem die Meldung durch war, fand das Thema Kernenergie in den deutschen Medien in bewährter Weise nicht mehr statt. Auch über unsere Stromimporte, die zu einem erheblichen Teil französischer Kernkraft entstammen, wird nicht berichtet. Vielleicht kann auch niemand hinreichend überzeugend erklären, warum deutscher Atomstrom die Netze verstopfte, französischer das hingegen nicht tut.

Der Gastgeber der Konferenz Sultan Ahmed Al Jaber brachte insofern einen neuen Blick in die Klimapolitik, indem er ausführte, dass man aus fossilen Emissionen aussteigen müsse, nicht aber aus fossilen Energieträgern. Das löste Empörung unter deutschen Politikern wie Medienschaffenden aus, denn damit ist das Mantra „Wir brauchen mehr Erneuerbare“ als indoktrinierte einzige Lösung nicht mehr haltbar. Entwicklungshilfe-Ministerin Schulze (SPD) sprach vom „letzten Aufbäumen der fossilen Industrie“. Sie ignoriert, dass immer noch 80 Prozent des globalen Primärenergieaufkommens aus fossilen Quellen stammen (Wind und Sonne: 2,5 Prozent).

Anstelle jede Möglichkeit der Emissionssenkung zu begrüßen, kämpft die Bundesregierung gegen andere auch vom IPCC empfohlene Maßnahmen an, hier die CCS/CCU-Technologie (Abscheidung und Speicherung bzw. Abscheidung und Nutzung von CO₂).

Es geht nicht ums Klima

Damit ist die Maske gefallen. Der Hintergrund deutscher Klimapolitik ist das Ziel, den Ausbau der „Erneuerbaren“ zu maximieren und die Wünsche des klimaindustriellen Komplexes umzusetzen. Nicht der Klimawandel soll bekämpft werden, sondern der „Klimaschutz“ dient als Vorwand, alle anderen Technologien neben den „Erneuerbaren“ zu verhindern oder zu beschränken, damit Branche und Lobby der Wind- und Sonnenprofiteure zufrieden gestellt werden.

Da eine Versorgungssicherheit damit nicht hergestellt werden kann, wird Verzicht vermittelt. Deutsches Schrumpfen als Vorbild für den Klimaschutz wird international aber nicht goutiert. Dabei hätten wir in der Tradition deutscher Ingenieurskunst Möglichkeiten gehabt, durch Technologieexport zur Verringerung globaler Emissionen beizutragen. Deutsche Kerntechnik war in den 80er Jahren weltweit führend. Deutsche Kohletechnologie mit 700-Grad-Auslegung, Trockenbraunkohle, Plasma-Zündbrennern, magnetgelagerten Großaggregaten und CO₂-Abscheidung, dies alles hätte exportiert werden können und uns international eine Spitzenstellung gebracht. Es wurde politisch verhindert, abgewürgt und unterbunden. Wind- und PV-Anlagen werden wir hingegen kaum exportieren, das können andere preiswerter.

Feministische Klimawelt-Innenpolitik

Noch während der Konferenz beschloss Deutschland eine Klimaaußenpolitik. Die Bekämpfung der Klimakrise sei eine „zentrale Menschheitsaufgabe dieses Jahrhunderts“ heißt es dort. Immerhin findet sich im Dokument die Formulierung vom Ausstieg aus „den fossilen Energien ohne CO₂-Abscheidung“, was auf eine Annäherung an den Kurs des Scheichs hindeuten könnte.

Die „Klimaaußenpolitik“ ist die Fortsetzung deutschen Größenwahns mit anderen Mitteln. Andere Länder haben Außenministerien, um ihre Interessen in der Welt zu vertreten. Nicht so Deutschland, wo man Außenpolitik als „Weltinnenpolitik“ versteht und vor allem feministisch ganze Menschheitsaufgaben lösen will. Vielleicht sollte man zunächst an die deutschen Geiseln in der Hand der Hamas denken und jegliche umstrittenen Zahlungen in den Gaza-Streifen von ihrer Freilassung abhängig machen. Besser wäre, an alle Geiseln zu denken.

Im Mittelpunkt sollte stehen, Beiträge zum Frieden zu leisten, anstelle Auslandseinsätze der Bundeswehr zu veranstalten, die wie in Afghanistan und Mali als Flop enden. Deutschland will die globale Energiewende beschleunigen, liefert aber selbst das beste Beispiel, wie man es nicht machen sollte. Der Klimawandel wird zum gefährlichsten Problem stilisiert, dabei wäre er unser geringstes Problem, wenn der Krieg um die Ukraine eskaliert und wir reingezogen werden.

Spätestens zu COP 29 wird es wieder 5 vor 12 sein. Aus dem Pariser Vertrag ging die Aufgabe an die Unterzeichnerländer, ihre Zahlen zu konkretisieren und innerhalb eines Jahres nachzureichen. Das tat nur ein kleiner Teil von ihnen. Auch bis zum nächsten Gipfel werden die Emissionen, der CO₂-Gehalt der Luft und vermutlich auch die Temperatur steigen. Solange die Weltbevölkerung wächst, werden auch die Emissionen steigen. Man kann von niemandem verlangen, in Armut zu verbleiben oder steigenden Wohlstand abzulehnen. Außer von den Deutschen, denn wir sind ein reiches Land und können das Niveau senken – sagt man.

Mit der offensiven Behandlung der Kernkraft und der CCS-Technologie gibt es doch eine entscheidende Neuigkeit von COP 28. Die Hegemonie des globalen Westens in der Klimadiskussion bezüglich der Überwertung der „Erneuerbaren“ in Einklang mit eindimensionaler Klimapanik geht zu Ende.

COP 28 kann der Kipppunkt der globalen Klimapolitik sein. Der globale Südosten setzt mit zunehmendem Gewicht andere Prioritäten. Man weiß auch, die Rolle deutscher Moralischer einzuschätzen. Die Generaldirektorin der WHO formulierte schon vor einiger Zeit: „Sprechen wir mit China, bekommen wir einen Flughafen. Sprechen wir mit Deutschland, bekommen wir einen Vortrag.“ Dennoch wird Deutschland als Geldquelle gebraucht.

Neben der Vermeidung von Emissionen sollte künftig die Anpassung an den

Klimawandel im Vordergrund stehen. Auch vegane Lastenradfahrende werden den Klimawandel nicht aufhalten. Dabei bietet sich Zusammenarbeit an, je nach Leistungsfähigkeit der Staaten. Vorschlag: Die Holländer erhöhen die Deiche, die Deutschen senken den Meeresspiegel ab. Wir schaffen das. Dann wird vermutlich COP 52 ein voller Erfolg.

Dubai: Vom epischen Scheitern der Energiewende

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2023

Jeder Deutsche – vom Baby bis zum Greis – hat etwa 12.000 Euro für die Energiewende gezahlt. Bekommen hat er dafür höhere Strompreise, Mieten und Produkte, Deindustrialisierung und Versorgungs-Unsicherheit. Das Land ist wieder von Kohle abhängig. In Dubai sind die Vorreiter jetzt vom toten Pferd geholt worden.

Von Manfred Haferburg

Kein Land der Welt hat mehr Geld für den Umbau seines Stromsystems in Richtung der sogenannten „erneuerbaren Energie“ ausgegeben – nämlich weg von Kernenergie und fossilen Energieträgern hin zu Biopflanzen, Wind und Sonne. Wie viel Geld, weiß kein Mensch genau, und es wird systematisch verschleiert. Wenn man den Wert der voll funktionstüchtigen, aber verschrotteten Kraftwerke mit einbezieht, dürfte eine Billion Euro eine recht realistische Schätzung sein. Das aber heißt, dass jeder Deutsche – vom Baby bis zum Greis – etwa 12.000 Euro für die Energiewende gezahlt hat. Rechnet man nur die Steuerzahler, kommt man auf mehr als 20.000 Euro pro Nase.

Die Begründung war, dass unbedingt der Ausstoß des Spurengases Kohlendioxid reduziert werden muss. Da sahen sich die Deutschen als Vorreiter, denen die ganze Welt folgen würde, da ein reiches Land den Erfolg der Energiewende vorleben muss. So ging eine ganze Nation mit deutscher Gründlichkeit daran, Unsummen in die Transformation der Stromerzeugung zu investieren. Erst wurde der Kernenergie der Garaus gemacht, dann sollte die Kohle und das Gas drankommen. Das Heilsversprechen war, dass man erst mal ein bisschen Geld investieren muss, so der Gegenwert einer Eiskugel pro Monat, aber dann sinkt der CO₂-Ausstoß, und der Strom wird ganz billig. Wer es wagte, etwas anderes zu meinen, wurde als umstritten, Energiewende-Hasser, Klimaleugner und gar Staats-Delegitimierer verunglimpft.

Ein Salto rückwärts in die Kohleverstromung

Nach zwanzig Jahren Energiewende sehen wir nun das Resultat dieser Politik – ein Salto rückwärts in die Kohlestromerzeugung. Ja, es gibt Tage, da weht ein guter Wind, und die Hitze der Mittagssonne flimmert über den Solarpaneelen der deutschen Energie-Industriebrachen, bedeckt mit Energiemais, tausenden von gigantischen Windmühlen und furchterregenden Glaswüsten auf Stelzen. An solchen Tagen schafft die transformierte Stromerzeugung mal, die Hälfte des Bedarfs zu decken. Aber es gibt eben auch viele Tage wie den ersten Dezember 2023. Ein Tag inmitten einer der gefürchteten Dunkelflauten.

Dann flimmert nicht die Sonne über den Paneelen, und die Windmühlen drehen sich nicht munter im Wind, sondern die Kohle- und Gaskraftwerke laufen auf Hochtouren, um dafür zu sorgen, dass der Strom aus der Steckdose kommt. Und mit dem Hochlaufen der konventionellen Kraftwerke steigt der CO₂-Ausstoß, und die Pferde der Vorreiter kommen ins Straucheln.

Am ersten Dezember 2023 schafften die „Erneuerbaren“ im Schnitt einen Beitrag zur Stromerzeugung von 7,69 Prozent. Den Rest von 92,3 Prozent mussten die Kohle und Gaskraftwerke erzeugen, was sie aber nicht ganz schafften. Es wurde Strom aus den Nachbarländern Tschechien, der Schweiz und Frankreich importiert, der auch mit Kernkraftwerken produziert wurde – was übrigens die deutsche CO₂-Bilanz verbesserte.

Gut aufgehoben im Kreis der CO₂-Schmutzfinken

Wie steht es nun aber mit dem niedriger werdenden CO₂-Ausstoß der großen Vorreiter? Seit dem 30.11. haben wir in Deutschland eine Dunkelflaute mit niedrigen Temperaturen und hohem Strombedarf. Die Kühltürme der konventionellen Kraftwerke dampfen volle Pulle. Deutschland stieß am 1.12.2023 sage und schreibe 786 g CO₂eq pro kWh (Gramm CO₂ pro produzierter Kilowattstunden) aus und belegte an diesem Tag den drittletzten Platz vor Polen und den Faröer Inseln. Frankreich, das auf Kernkraftwerke setzt, kam hingegen an diesem Tag mit seiner Stromproduktion auf einen CO₂-Ausstoß von 91 g CO₂eq pro kWh. Damit hat der Vorreiter Deutschland am 1.12.2023 8,6-mal so viel CO₂ ausgestoßen wie Frankreich.

Der Fairnis halber muss man zugeben, dass beim CO₂-Ausstoß über das ganze Jahr gesehen ein Deutscher einen nur viermal so großen CO₂-Fußabdruck hat wie sein französischer Nachbar. Aber immerhin – viermal so viel für eine Billion Euro. Dafür hätte man 100 Kernkraftwerke vom Typ Olkiluoto bauen können – Baukostenerhöhung eingerechnet. Und man wäre ein echter Vorreiter.

Ein Bataillon deutscher Klimaschützer erfolglos in Dubai

Wen wundert es da noch, dass selbst bei der Weltklimakonferenz, zu der die Vorreiter der deutschen Regierung in Bataillonsstärke einritten, die Vertreter von 22 Staaten, darunter 13 europäische Länder wie Frankreich, Polen, Tschechien, Schweden, Finnland, die Niederlande, Belgien, Slowenien, die Slowakei, Rumänien, Ungarn, aber auch Großbritannien und Moldau, Kanada, USA, Japan (!), Korea, die Arabischen Emirate (Konferenzpräsident Sultan Ahmed Al Jaber oben im Bild), Marokko, Ghana und die Mongolei mit dem Ziel verbündet haben, die Atomkraft bis 2050 zu verdreifachen. Sogar die Ukraine ist mit von der Partie. Wie ist das nur mit der feministischen Außenpolitik zu vereinbaren, wo doch Annalena die Ukraine unterstützt – egal was ihre Wähler denken.

Zu den Unterzeichnern der Deklaration gehören neben dem US-Gesandten John Kerry auch die Staats- und Regierungschefs von 13 europäischen Ländern. „Man kann das Ziel von Netto-Null Treibhausgas-Emissionen bis 2050 ohne Atomkraft nicht erreichen“, erklärte John Kerry, der Sondergesandte von US-Präsident Joe Biden vor den Staatschefs: „Das hat nichts mit Politik oder Ideologie zu tun, das ist reine Wissenschaft: Mathematik und Physik.“ Er gab das Mikrofon weiter an Emmanuel Macron. „Von diesem Treffen geht ein extrem machtvolles Signal in die Welt hinaus“, sagte der französische Präsident. Es ermutige „die vielen Länder, die in die Kernenergie und besonders in die neue Generation von modularen Kleinstreaktoren investieren wollen.“

Tschechiens Premier Petr Fiala kündigte an, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung bis 2050 auf 50 Prozent zu steigern. Er nannte die Kernenergie „eine sichere, verlässliche, saubere und effiziente Energiequelle.“ Polens Präsident Andrzej Duda kündigte an, den Ausbau der Kernenergie Anfang 2025 zum Schwerpunktthema der polnischen EU-Ratspräsidentschaft machen zu wollen.

Der Chef der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA), Rafael Mariano Grossi, und Belgiens Premier Alexander De Croo luden für den 22. März 2024 zum ersten „Welt-Nuklear-Gipfel“ nach Brüssel ein: „Vertreter aus Nord- und Südamerika, Asien, Afrika – alle werden da sein“, sagte Grossi.

Lange Gesichter bei den Vorreitern

Ein Blick auf die Elektrizitätskarte Europas hätte den Deutschen gezeigt, dass Länder mit Kernkraftwerken den saubersten Energiemix haben. Aber sie zerstören mit deutscher Gründlichkeit lieber weiter ihre Kernkraftwerke, um mit gigantischen Energiemonstern das Land zu verschandeln.

Mit der Nuklear-Deklaration hatten die deutschen Vorreiter auf der 28.

Weltklimakonferenz nicht gerechnet. Thema der Verhandlungen war es nach ihrem Glauben, ob das Ziel einer Verdreifachung von Erneuerbaren Energien bis 2030 in das Schlussdokument aufgenommen werden soll. Die Pro-Atomstaaten können in Dubai jetzt aber einfordern, dass der Erneuerbaren-Passus nur dann in die Schlussvereinbarung der Klimakonferenz aufgenommen wird, wenn dort gleichberechtigt auch die Verdreifachung der Atomkraft als Ziel formuliert wird. Die Schlussverhandlungen dazu stehen am 12. Dezember an.

Die Bedeutung der Dubai-Deklaration „kann gar nicht überschätzt werden“, kommentierte die oberste Atomkraft-Lobbyistin Sama Bilbao y León, Generaldirektorin der World Nuclear Association. Wenn die Staaten ihr Versprechen einlösten, könnten „ganze Volkswirtschaften dekarbonisiert werden und sauberer Strom in jeden Winkel der Welt fließen.“ Derzeit sind weltweit 60 Atomkraftwerke im Bau, weitere 110 geplant, die meisten davon in Asien.

In den vergangenen zwanzig Jahren seien 108 Reaktoren stillgelegt und 97 neu ans Netz gebracht worden. Derzeit sind auf der Welt 440 Kernkraftwerke in 33 Staaten in Betrieb. Nach Angaben der WNA sind es derzeit 30 Staaten, die die Aufnahme eines Nuklear-Programms erwägen oder konkret planen.

Mit 100 Millionen Dollar gegen den Rest der Welt

Olaf Scholz (SPD) hatte Anfang September noch einmal deutlich gemacht, welche Zukunft dieser einst so wichtige Energieträger hier hat: „Die Kernkraft ist zu Ende. Sie wird in Deutschland nicht mehr eingesetzt“, sagte der Kanzler im Deutschlandfunk-Interview. „Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd.“

Dafür erntete Deutschland international nur Kopfschütteln: In seiner Eröffnungsrede auf der World Nuclear Exhibition letzte Woche in Paris lästerte der französische EU-Kommissar Thierry Breton über Deutschland. Ihm seien SMR-Meiler (Small Modular Reactors), also Mini-Kernkraftwerke, die derzeit der letzte Schrei in der Branche sind, viel lieber als Kohlekraftwerke, vor allem wenn der Ostwind weht, stichelte er in Richtung Ampel-Regierung und meinte damit den deutschen Strommix aus Kohle und erneuerbaren Energien.

Bundeskanzler Scholz forderte hingegen in Dubai die Verdreifachung des Ausbaus der Erneuerbaren ein. Während sich die Regierungschefs der wichtigsten Länder beim Pro-Atomgespräch in Dubai trafen, faselte er zu diesem Zeitpunkt nur wenige Meter entfernt vor afrikanischen Staatschefs der Initiative „Accelerated Partnership for Renewables in Africa“ über den Ausbau Erneuerbarer Energien. Die mussten zuhören, weil Scholz Kollegin Svenja Schulze einen Koffer mit 100 Millionen Dollar dabei hatte, den sie gern haben wollten.

Man darf gespannt sein, wie Olaf Scholz nach der Rückkehr aus dem

sonnigen Dubai ins verschneite Dunkelflautenland den um eine Billion geprellten Wählern erklärt, dass das tote Pferd wieder auferstanden ist und Deutschland sich auf einer energiepolitischen Geisterfahrt befindet, bei der ihm die ganze Welt entgegenkommt. Aber es ist wohl anzunehmen, dass er diese Tatsachen bis zu seiner Ankunft in Berlin bereits wieder vergessen hat und er einfach weiter scholzt.

Mit Sicherheit werden ihn die Medien nicht daran erinnern. Sie werden auch nicht fragen, ob die 100 Millionen nicht besser in der Forschung für Mini-Reaktoren wie den nach Kanada geflüchteten Dual-Fluid-Reaktor, die den Abfall herkömmlicher Kernkraftwerke verbrennen, besser angelegt wären als in SUVs für die Mitglieder afrikanischer Parlamente oder eine neue Yacht für einen afrikanischen Präsidenten.

Bezahlbarer Strom für alle! Jetzt!

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2023

Strom ist nicht nur für die Industrie zu teuer, sondern auch für alle Bewohner unseres Landes. Die Energiewende treibt die Strompreise weiter hoch. Ihre Beendigung würde sie halbieren.

Von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, will ein weiteres Abwandern der Industrie aus Deutschland infolge zu hoher Strompreise durch die Energiewende verhindern. Dazu soll ein subventionierter Strompreis für die Industrie eingeführt werden. Die Subventionen sollten aus dem aufgestockten Klima- und Transformationsfonds fließen. Diese Aufstockung ist aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht verfassungskonform. Damit steht nicht hinreichend Geld aus diesem Fonds zur Verfügung. Zwangsläufig müssten die anderen Strom-Verbraucher über höhere Strompreise, die sich noch zusätzlich aus gleichem Grund wegen der wegfallenden Strompreisbremse, was ebenfalls eine Subvention ist, diese Subvention der Industrieunternehmen aufbringen. Nach Berichten im Deutschlandfunk hat der Minister bereits höhere Stromkosten angekündigt.

Die Energiewende treibt die Stromkosten in die

Höhe

Die Energiewende, die die hohen Stromkosten in Deutschland hauptsächlich verursacht, soll nicht hinterfragt, sondern planmäßig weitergeführt werden. Damit steigen die CO₂-Steuern auf Heiz- und Treibstoffe Anfang des nächsten Jahres um über 30 Prozent und die Maut für Kraftwagen um mehr als 80 Prozent. Der weitere Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung erhöht die Strompreise, vergrößert den Stromüberschuss bei Starkwind und Sonnenschein, der kostenpflichtig entsorgt werden muss, und verlangt den Ausbau der Stromnetze.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (Bundestagsdrucksache 20/9166) zu der Entwicklung der Netzkosten prognostiziert einen Anstieg um mehr als 10 Prozent für Haushalts- und Gewerbekunden in 2024 gegenüber dem Vorjahr. Über die Kostenentwicklung in den nächsten 10 Jahren gibt es nur nebulöse Vorstellungen. Sicher ist nur, es wird teurer. Dies alles müssen die Stromkunden letztlich bezahlen.

Die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt entsprechend. Wie die Regierung mit diesen Maßnahmen die Wirtschaft ankurbeln will, bleibt rätselhaft. Nach einer Rechnung der „Jungen Freiheit“ kassiert der Staat jetzt schon 60 Prozent des Brutto-Arbeitslohns. Da bleibt kaum noch Kaufkraft.

Die heilige Kuh. Energiewende zur Klimarettung

Wir brauchen bezahlbaren Strom für alle. Nur so kann es mit Deutschlands Wirtschaft wieder aufwärts gehen. Dazu muss die heilige Kuh der Regierungsparteien und auch der CDU hinterfragt werden: die Energiewende zur Klimarettung. Allein aus dem Klima- und Transformationsfonds sollten dazu jährlich 60 Milliarden Euro aufgewendet werden. Hinzu kommen nach Aussagen von Bundeskanzler Scholz weitere 50 Milliarden aus anderen öffentlichen Töpfen. Mit einer Beendigung der Energiewende würde die staatliche Belastung also um mehr als 100 Milliarden Euro jährlich verringert. Das wären 1300 Euro pro Einwohner. Um diesen Betrag würde deren Kaufkraft steigen und der Strompreis auf die Hälfte fallen. Die Industrie in Deutschland würde wieder wettbewerbsfähig werden.

Mit Beendigung der Energiewende steigt die Kaufkraft, und die Verwaltung wird verschlankt. Es werden keine Energie- und Klimaberater mehr gebraucht. Der Aufwand für die Genehmigung von Wind- und Solaranlagen in den Gemeinden, Kreisen und Ländern entfällt. Gesetze mit vielen tausend Seiten, die nur den Profiteuren der Energiewende nutzen, können eingestampft werden. Es werden wieder Kräfte frei für den Erhalt und die Verbesserung von Straßen, Schulen und anderer Infrastruktur.

Keine staatlichen Investitionszuschüsse

Staatliche Investitionszuschüsse für neue Industrieansiedlungen sind mit einem wettbewerbsfähigen Strompreis auch nicht mehr erforderlich. Dann finden sich genügend Investoren, die sich mit einer Ansiedlung in Deutschland eine gute Rendite ausrechnen. Zurzeit versucht die Industrie, mit Subventionen zu überleben. Dies führt dazu, dass die Wirtschaft die grüne Energiepolitik verbal unterstützt, weil nur so der Subventionstopf erreicht werden kann.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wäre für die Regierung eine gute Gelegenheit, die Energiewende zu beenden (*). Dazu müssten Ideologien verlassen und Fakten akzeptiert werden. Es ist fraglich, ob sich die Regierung und die Parteien auf diesen Weg begeben. Die Profiteure, zu denen sicher auch viele Bundestagsmitglieder zählen, die Anteile an grünen Stromanlagen haben, sind eine mächtige Lobby, die das verhindern will. Sie sind gut vernetzt in Deutschland wie in der EU. Die Wendegesetze sind weitgehend ihr Werk. Es wird spannend, ob die Regierung das Rückgrat besitzt, sich gegen die Energiewende-Lobby zum Wohle Deutschlands durchzusetzen.

Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz